

Pressekommentar

Frühjahrgutachten 2026: Steigende Energiepreise, sinkendes Wachstum

Berlin, 27.05.2026: Die Wirtschaftsweisen haben im Frühjahrgutachten 2026 die Wachstumsprognose um 0,4 Prozent gesenkt. Einer der Gründe: die steigenden Energiepreise. Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft stützt dieses Argument und fordert, mehr zur Senkung der Energiepreise für Industrie und Verbraucher:innen zu unternehmen.

„Die Prognose der Wirtschaftsweisen ist keine Überraschung. Es war zu erwarten, dass der Energiepreisschock des Iran-Krieges das Wachstum der Wirtschaft bremst. Die Korrektur um 0,4 Prozent zeigt aber deutlich, wie abhängig die deutsche Industrie weiter von fossilen Importen ist. Dass das BIP 2026 voraussichtlich wächst, hängt hauptsächlich von den Sondervermögen des Bundes ab. Sie müssen bestmöglich genutzt werden – auch um fossile Abhängigkeiten gezielt zu entkoppeln und Wirtschaft und Verbraucher:innen resilienter aufzustellen“ so Prof. Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Energiepreise verstärken strukturelle Defizite

Das Frühjahrgutachten 2026 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung benennt die strukturelle Krise der Wirtschaft seit 2019 deutlich. Neben den hohen Energiepreisen belasten auch die demografische Entwicklung, hohe Lohnnebenkosten und die sinkende Kaufkraft infolge der steigenden Inflation das Wachstum.

„Während die Bundesregierung bei der demografischen Entwicklung nicht kurzfristig handeln kann und sich bei den Sozialreformen bereits mächtig verhakt hat, wäre es umso wichtiger, dass sie das Thema Energie jetzt strategisch angeht“, so Reuter weiter. „Wir beobachten aber das genaue Gegenteil. Die Gesetzesentwürfe im Energiebereich, die noch vor der Sommerpause erwartet werden – Kraftwerksstrategie, GMG, EEG-Novelle und EED-Richtlinie – weisen alle in die falsche Richtung. Fossile Abhängigkeiten werden billigend in Kauf genommen, nicht systematisch reduziert und Energieeffizienz als nice-to-have interpretiert. Das ist keine Antwort auf die Krise, es ist eine Verstärkung.“

Privathaushalte bei der Elektrifizierung unterstützen

Außerdem stellen die Wirtschaftsweisen klar, dass die hohen Energiepreise auch den privaten Konsum dämpfen. Die Weitergabe der Mehrkosten für die Nutzung fossiler Energieträger bei den Themen Heizen und Mobilität senkt die Kaufkraft der Bürger:innen. Der Industrie fehlen damit wichtige Konsument:innen, was die wirtschaftliche Abwärtsspirale weiter beschleunigt.

„Steigende Kosten für fossile Energien belasten auch die Privathaushalte“, so Reuter weiter. „Umso wichtiger ist, dass die Bundesregierung Alternativen ermöglicht. Wie preissensibel die Bevölkerung ist, zeigt der aktuelle Ansturm auf E-Autos und die damit verbundenen Förderprogramme. Auch beim Thema Heizen muss die Elektrifizierung stärker gefördert und die Leistbarkeit für alle – auch Mietende – sichergestellt werden. Mit dem GMG, der Bio-Treppe sowie den angepassten Fristen für die kommunale Wärmeplanung hat die Bundesregierung hier zuletzt viel Verunsicherung erzeugt und Kostenanstiege billigend in Kauf genommen – obwohl 2025 Wärmepumpen die meistverkaufte

Heizungsart waren, als Wachstumsmarkt das BIP gestützt und fossile Abhängigkeiten reduziert haben.“

Sondervermögen bestmöglich nutzen

Mit Blick auf das Sondervermögen, das aus Sicht der Wirtschaftsweisen zentral für das weitere Wachsen der deutschen Wirtschaft ist, betont der BNW die Notwendigkeit, die Mittel in Zukunftstechnologien zu stecken und konsequent am Ziel der Klimaneutralität 2045 auszurichten. Dazu hat der Verband den [Sondervermögenstracker](#) aufgelegt und fordert mit Blick auf die Zahlen und die anstehenden Haushaltsverhandlungen die Kriterien der Zusätzlichkeit und Zukunftssicherheit deutlich stärker zu berücksichtigen.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

[Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.](#)

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>